

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
9. Juli 1915

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zunbei), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Armee des Friedens. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. I.
Von H. F. — Die Kriegerfrau. Von G. Sch. — Gewerkschaftliche
Rundschau. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiter-
verband. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauen-
bewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Armee des Friedens.

Seit elf Monaten treibt nun der Weltkrieg mit gewalt-
tätiger Faust Politik. Immer größer, immer blutiger sind
die Kreise geworden, die er zieht. Italien wurde in den
Strudel des Weltkriegs gerissen, und so unsicher, so schwan-
kend sind die Umstände, die darüber entscheiden, ob weitere
Staaten an die Seite des Zweibundes oder des Dreiverbands
treten werden, daß der Vierbankpolitiker die Antwort auf die
Frage danach fast an den Knöpfen seiner Weste abzählen
könnte.

So scheint der Weltkrieg unberechenbare Möglichkeiten im
Schoß zu bergen, Möglichkeiten, die an Furchtbarkeit noch das
Grausige überbieten würden, das beinahe zur ergeben hin-
genommenen Alltagserscheinung geworden ist. Während die
Menschen fieberhaft gespannt, gleichsam mit verhaltenem
Atem in die nächste Zukunft lauschen, dehnen sich die Schlach-
tfelder riesiger und riesiger, türmen sich die Ruinen von un-
schätzbaren Kulturwerken höher gen Himmel, schwellen die
Ströme des Opferbluts an, das der Weltkrieg vergießt. Was
soll das werden? Wie lange noch, wie lange? Das sind die
Fragen, die mit wachsender Herzensangst und Eindringlich-
keit sich auf die Lippen drängen, und die namentlich die Seelen
der Frauen bewegen, die die teuersten Leben und die hehrsten
Ideale bedroht wissen, die härtesten Sorgenburden tragen und
mehr noch als die Männer von einer freien, kraftvollen Kul-
turentwicklung zu erwarten haben.

Doch in den unheilvollen Stunden der Weltkriegsnacht
blitzen jetzt zahlreicher und heller Hoffnungslichter auf. Langsam
beginnt sich eine Armee des Friedens zu sammeln. National
und international. In allen Ländern wächst die Frie-
denssehnsucht und erstarkt zum Friedenswillen, der Tat zu
werden begehrt. Am lautesten erschallt der Ruf nach dem Ende
des Würgens in den neutralen Staaten, wo sich die Kriegs-
nöte in steigendem Maße fühlbar machen und größere poli-
tische Freiheit herrscht. Jedoch ungeachtet aller Hemmnisse ge-
winnt auch in den kriegführenden Ländern die Friedens-
strömung an Breite und Kraft. Immer bewußter suchen sich
die Willen und Hände der Friedeheischenden über die Grenzen
und Schlachtfelder hinweg.

Die bürgerlichen Friedensfreunde werben eifrig und nicht
ohne Erfolg für ihre Ideale, und so wenig die Bewegung für

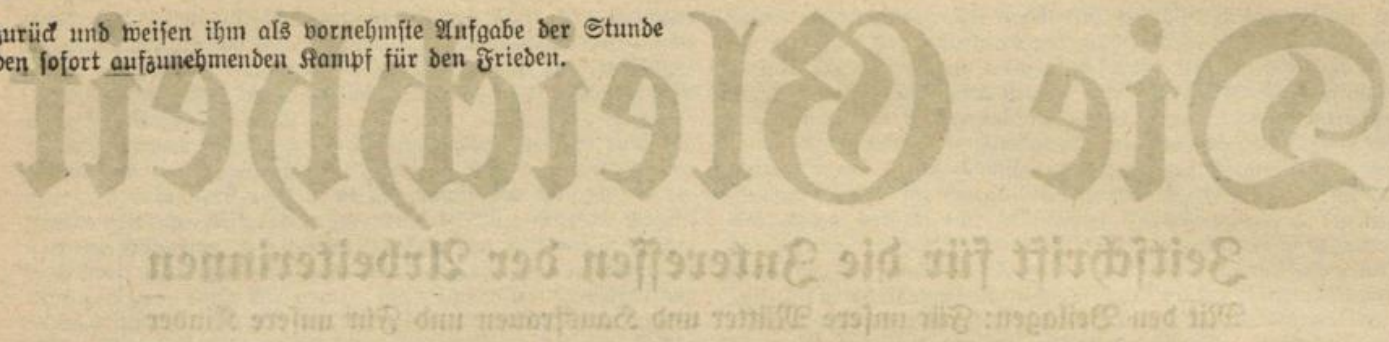
den Kampf der werktätigen Massen gegen den Krieg richtung-
und zielgebend sein kann, so ungerechtfertigt und unflug wäre
es, sie mit geringschätzigem Achselzucken abzutun. Sie ver-
dient Beachtung als Symptom dafür, daß in den bürgerlichen
Schichten die Zahl derer wächst, die — ohne die letzte gesell-
schaftliche Wurzel der zeitgenössischen Kriege zu erkennen —
doch vor der Kulturfeindlichkeit blutiger
Völkerwaffengänge selbst zurückschauern.

Allein bedeutamer als das Vorwärtsdrängen des soge-
nannten Pazifismus ist die überhandnehmende Befundung
des proletarischen Friedenswillens. Er hat von Kriegsbeginn
an nachdrücklich in den neutralen Staaten Europas geredet
und erst kürzlich in Holland durch den Beschluß des sozial-
demokratischen Vertretertags unzweideutigen Ausdruck gefun-
den, daß die Fraktion die von der Regierung beantragte Aus-
dehnung der Landsturmpflicht abzulehnen habe.

Man erinnert sich der alten Maßstäbe
für geschichtliche und soziale Dinge, der früher vorangetrage-
nen Ideale. Im Dichte der Wirklichkeit erscheint die inter-
nationale Solidarität der Proletarier aller Länder wieder fest
umrissen, greifbar klar und zwingt zur Forderung des Frie-
dens zwischen den Völkern.

Fast hätte man meinen können, daß in Frankreich die vom
Krieg ins Rollen gebrachte nationalistische Lawine alles sozia-
listische Leben begraben habe. Es schien, als ob die Bloch-
politik der nationalen Verteidigung widerspruchslos und rest-
los über die Grundsätze des internationalen Sozialismus
triumphierte. Aber siehe: allmählich klangen aufrechte Bekennt-
nisse zu den sozialistischen Idealen über die Grenze, flam-
mende Aufrufe an die französischen Proletarier, sich von der
Bundesgenossenschaft mit den Herrschern und Kuhnhebern des
kapitalistischen Frankreichs loszusagen und den alten heiligen
Pakt mit den Brüdern und Schwestern der anderen Länder
zu erneuern, um den Frieden zu erkämpfen, den Frieden zu
sichern. Heute sind es nicht mehr einzelne Gewerkschafts- und
Parteiführer, ein kleines Häuflein sozialistischer Frauen,
denen angesichts des Weltkriegs die internationale Solidarität
der arbeitenden Massen der ruhende Pol in der Erscheinungen
flucht dünkt. Einflußstarke Gewerkschaften und die kräftigsten
sozialistischen Parteiorganisationen der Provinz wie die der
Haute-Vienne und des Rhonedepartements fordern die Ab-
kehr der Sozialdemokratie von der jetzigen Taktik, rufen im
Namen des Sozialismus das französische Proletariat auf den
festen Boden des Klassenkampfes und der selbständigen Aktion

zurück und weisen ihm als vornehmste Aufgabe der Stunde den sofort aufzunehmenden Kampf für den Frieden.



Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
für den Arbeiter und Arbeiterinnen und für unsere Frauen

Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsicht 1913.

I.

Die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden fabrikmäßigen Betrieben ist gegen 1912 abermals gestiegen, und zwar absolut wie relativ. Es wurden 254741 dieser Arbeiterinnen gezählt, das sind rund 6100 mehr als 1912, oder 30,9 Prozent der insgesamt Beschäftigten, gegen 30,8 Prozent im Vorjahre. Bekannt ist, daß in Sachsen die Textilindustrie bei weitem die meisten weiblichen Arbeitskräfte verwendet, nämlich 133895 oder 52 Prozent aller in dieser Industrie beschäftigten Personen! Im Berichtsjahr hat sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Männerarbeit verschoben, denn noch 1912 betrug die weiblichen Arbeitskräfte „nur“ 51,4 Prozent der Beschäftigten. Die Frauenarbeit hat demnach in der Textilindustrie um 6 Prozent zugenommen, in allen in Betracht kommenden Industrien zusammen aber nur um 0,1 Prozent. Ein Rückgang der Frauenarbeit ist zu verzeichnen: im Bekleidungsgerwerbe um 0,1 Prozent, in der Nahrungsmittelindustrie um 0,2 Prozent, im polygraphischen Gewerbe um 0,5 Prozent, während die Papierindustrie eine Zunahme von 0,3 Prozent aufweist. Nach der Textilindustrie stellen die größte Zahl weiblicher Arbeitskräfte: die Bekleidungsindustrie 36921, Nahrungsmittelindustrie 19164, Papierindustrie 13907, Metallverarbeitung 11132; am wenigsten Arbeiterinnen beschäftigte die Holzindustrie mit 6764. Aus einigen Orten und aus einzelnen Zweigen der Textilindustrie wird über Mangel an Arbeiterinnen berichtet, ohne daß ein Grund für diese immerhin auffällige Erscheinung angegeben wäre.

Auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist gewachsen, und zwar in dem gleichen Grade wie die Frauenarbeit. Es wurden 72585 Jugendliche gezählt, gegen 69846 im Vorjahr. Das sind im Verhältnis zur Gesamtarbeiterenschaft 8,8 oder 0,1 Prozent mehr als 1912. Darunter befanden sich 3032 noch nicht 14 Jahre alte Arbeitskräfte und 28420 Mädchen. Auch von den jugendlichen Beschäftigten entfallen wieder die weitaus meisten mit 23203 auf die Textilindustrie, jedoch ist gegen das Vorjahr ein Rückgang um 0,4 Prozent festzustellen. Leider fehlen auch hier Angaben über die Gründe der nicht unwichtigen Tatsache. Man weiß also nicht, ob sie etwa auf strengere Handhabung der in Betracht kommenden gesetzlichen Vorschriften zurückzuführen ist, wie das zu wünschen wäre. Die Maschinenindustrie verwendet mit 13827 die nächstgrößte Zahl Jugendlicher, die Industrie der Steine und Erden mit 2125 die kleinste.

Es wurden in 1343 Betrieben 1434 Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen über die Frauenarbeit ermittelt. Die Zahl der besichtigten Betriebe ist um 71 geringer! Über 80 Prozent der Verstöße betrafen formelle Vorschriften, bei den übrigen handelt es sich vorwiegend um die gesetzwidrige Beschäftigung von Arbeiterinnen an Sonnabenden und den Abenden vor Feiertagen. Das Überstundenunwesen blüht gerade in den Industrien mit starker Frauenarbeit immer noch. Immerhin ist mit 549000 Stunden ein nicht unbeträchtlicher

Rückgang der bewilligten Überstunden zu verzeichnen, besonders in der Textilindustrie. Im Vorjahr waren nämlich rund 794000 Überstunden bewilligt worden. Auch der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der Überstunden ist gesunken, und zwar von 72 auf 52 Prozent, dagegen ist der Durchschnitt der Überstunden gestiegen, der im Jahre auf die einzelne der beteiligten Arbeiterinnen entfiel. 1913 betrug er 10 Überstunden gegen 9,8 im Durchschnitt des Vorjahres. Verstöße gegen die Vorschriften zum Schutze jugendlicher Arbeiter wurden in 2509 Betrieben festgestellt. Auch hier handelte es sich meist um die Nichtbeachtung von Formvorschriften, doch werden in 721 Fällen Verletzungen von sachlichen Gesetzesbestimmungen verzeichnet. 431 davon betrafen allein die Übertretung der Pausenvorschriften. Das Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder wurde häufig in den handwerksmäßigen Kleinbetrieben nicht beachtet, die nach der Einführung elektrischen Antriebs als Motorwerkstätten zu behandeln sind. Sehr bezeichnend ist, was darüber in den Berichten gesagt wird: „Es kam vor, daß dann einzelne Kleingewerbetreibende den Motor wieder abschafften, um die Kinder auch weiter zur Arbeit heranziehen zu können.“ Die Kinderarbeit bot diesen Unternehmen also mehr Vorteile als die Benützung elektrischer Kraft! Daraus darf man wohl auf die absolute Unzulänglichkeit des sogenannten Kinderschutzes schließen.

Die Durchführung des Kinderschutzes liegt hauptsächlich den Aufsichtsbeamtinnen ob. Sie besuchten rund 6600 Betriebe, in denen 5653 eigene und 1845 fremde Kinder beschäftigt wurden. Die Dresdener Beamtin besuchte außerdem noch 837 Gärtnereien, die wegen Ausnützung der Kinderarbeit besonders berüchtigt sind. Leider und sonderbarerweise fehlen aus dem Dresdener Bezirk ziffermäßige Angaben über die ermittelten Verstöße gegen das Gesetz. Im übrigen aber sagt der Bericht, daß „zahlreiche Verletzungen gegen das Kinderschutzgesetz ermittelt“ worden sind. In zwölf verschiedenen Gruppen werden 1504 verschiedene Verstöße aufgezählt, die oft recht schwer sind. Wohlgemerkt: dabei fehlen der ganze große Dresdener Bezirk und die 837 Gärtnereien! Was die Bestrafungen anbelangt, die gerade hier sehr am Platze wären, so scheint man mehr als milde zu verfahren, denn aus den Bezirken Chemnitz, Zwickau und Waagen — Leipzig macht darüber überhaupt keine Angaben — wurden insgesamt 30 gemeldet. Etliche Verfahren schweben noch. Die höchste Strafe betrug 50 Mark. Die Polizeibehörden, die auch auf die Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu achten haben, scheinen strenger zu verfahren wie die Gewerbeaufsicht. Es wird nämlich berichtet, daß eine Amtshauptmannschaft in zwei Orten — es kann sich nur um kleinere handeln — bis Mitte des Jahres 45 Bestrafungen herbeiführte. Aus dieser Feststellung kann man jedenfalls ersehen, wie außerordentlich häufig solche Gesetzesverletzungen sein müssen, denn die zwei Orte dürften keine unrühmliche Ausnahme bilden. Der Gewerbeaufsicht könnte man also wohl zurufen, etwas fester zuzufassen! Wie kraß die Dinge liegen, kann man vielleicht daran ermessen, daß allein 757 Fälle geschwinderiger Beschäftigung von Kindern unter 10 und 12 Jahren festgestellt werden mußten. Dem Übel vorbeugend soll ein Merkblatt wirken, das eine Beamtin des Zwickauer Bezirks auf Anregung eines Jugendfürsorgevereins ausgearbeitet hat. Das Merkblatt appelliert an die soziale Einsicht der Eltern und Arbeitgeber, sagt in eindringlichen knappen Sätzen, was zu sagen ist, und trägt die Überschrift: „Beschäftigt eure Kinder angemessen, plagt sie nicht mit schädlicher und übermäßiger Arbeit!“ Das Vorgehen ist zu begrüßen, ganz ohne Erfolg wird es hoffentlich nicht bleiben; es beweist jedoch ebenfalls, wie dringend nötig besserer Kinderschutz ist. Zu dem Kapitel der Kinderarbeit wird unter anderem vermerkt, daß die Beamtinnen auch Beziehungen mit den Kinderschutzkommissionen der organisierten Arbeiter unterhalten. Es ist zu wünschen, daß sie eifrig gepflegt werden, und daß unsere Genossen und Genossinnen, die

diesen Kommissionen angehören, das einschlägige Material der Gewerbeaufsichtsberichte eingehend prüfen und für ihre Zwecke verwenden.

H. F.

Die Kriegerfrau.*

Kein Mensch im Deutschen Reiche erfreut sich jetzt so überaus großer Aufmerksamkeit wie die Frau des zum Kriege Eingezogenen. Nicht etwa, als ob die potenzierte Anteilnahme an ihrem Los eine liebevolle wäre, wie sie der schweren, oft schrecklichen Lage der Kriegerfrau entspräche.

Hat die Frau den schmerzlichen Abschied von dem zum Kriege beorderten Ehemann hinter sich, so muß sie den alles andere als angenehmen Weg zum Gemeindevorsteher oder zur Steuerkasse antreten, um ihre Kriegsunterstützung zu beantragen. Jetzt schon wird sie hochnotpeinlich ausgefragt: ob sie private Zuwendungen erhält, ob Ersparnisse vorhanden sind, ob sie verdient und anderes mehr.

Ist der Arbeitgeber ihres Mannes human und zahlt ihr eine ständige Beihilfe, so wird ihr ebenfalls die Unterstützung entzogen oder zum mindesten gekürzt. Denn nicht einmal auf die staatliche Unterstützung besteht ein absoluter rechtlicher Anspruch. Das Gesetz sieht die Unterstützung nur für den Fall der „Bedürftigkeit“ vor. Muß die Bedürftigkeit wirklich anerkannt werden, so bekommt die Kriegerfrau monatlich für sich 12 Mk., für jedes Kind 6 Mk. Gibt es Zuschläge von der Gemeinde, in der sie ansässig ist, so können sich diese Beträge günstigenfalls verdoppeln. Ein altes, krankes Mütterchen, dessen einziger Ernährer ins Feld gerufen wurde, empfängt monatlich 6 Mk., im Glücksfall 12 Mk. Von solchen Summen soll nicht allein der Lebensunterhalt bestritten, sondern auch die Miete gezahlt werden.

Der Hauswirt steht auf dem Plan! Der Krieger ist zwar erst 14 Tage fort und seine Frau hat von ihm den Unterstützungsschein noch nicht bekommen. Sie konnte deshalb auch keinen Antrag auf Kriegsunterstützung stellen und weiß nicht, von was sie leben und mit was sie die hungrigen Mäuler der Kinder des Vaterlandsverteidigers stopfen soll. Aber Miete muß sein! So wenigstens läßt sich der menschenfreundliche Hauswirt vernehmen, der daheim hinterm Ofen sitzt, während der Mieter im Schützengraben liegt. Gewiß gibt es unter den Hauswirten auch human denkende und empfindende Leute. Jedoch begegnet man unter ihnen nicht selten einem Typus, der mit der deutschen Sprache auf ebenso gespanntem Fuße steht wie mit seinen Mietern, und dessen Gedanken um eine Zentralform wandern: pünktliche Mietzahlung. Nur ein Hauptwort kennt seine Grammatik: Geld. „... wenn sie ir versprechen nich halten und mier das Geld sofort geben verklage ich sie,“ so heißt es in einem Hausbesitzerbrief, der uns im Original vorliegt. Dieser Brief zeigt die Strategie der Kriegführung

* Die folgenden Ausführungen dürften von manchem als „übertrieben“ und „einseitig“ angesehen werden. Sie sind jedoch der Niederschlag der Erfahrungen, die ein ruhig beobachtender Genosse seit Kriegsausbruch bei der Auskunftserteilung in der juristischen Sprechstunde einer Großstadt gesammelt hat. Viele Einzelmittelungen in der Tagespresse bestätigen sie. Sie verdienen, gehört zu werden.

gegen die Kriegerfrau. Oft schon, wenn diese nur einen Monat Miete schuldet, erfolgt prompt die Räumungsklage.

Noch mit vielen Leiden ist der Weg der Kriegerfrau überfüllt. Endlos könnten wir Beispiele aus der Praxis dafür anführen. Sie und ihre Kinder dürfen sich im Hause nicht mucken; sie zahlt ja vielleicht nicht die volle Miete. Des Hauswirts getreuer Fridolin hält auf „Ruhe und Ordnung“ und schlägt des Feldgrauen Kinder bei dem geringsten Anlaß jugendlicher Lebendigkeit hinter die Ohren. Auch wacht er über die Sittlichkeit der Kriegerfrau. Und was angemachte Selbstherrlichkeit nicht allein schafft, vollendet — leider, leider muß es gesagt werden! — nur zu oft nachbarliche Geschwägigkeit. Wehe, wenn die Kriegerfrau mit irgend einem Manne gesehen wird, auf der Straße, im Warenhaus oder einer Konditorei. Sie muß eingemauert in ihren vier Pfählen leben. Man raunt sich so mancherlei in die Ohren, spricht's wohl auch öffentlich und laut aus Bosheit aus. Gerüchte laufen um über die ins Wanken gekommene Sittlichkeit der Kriegerfrauen. Große Zahlen derjenigen von ihnen werden genannt, die unter Sittenkontrolle stehen sollen. Wie manches arme Weib hat darunter zu leiden! Als ob nicht auch vor dem Kriege die Tugend zu Fall gekommen wäre, weil Not und Hunger jederzeit die Zutreiber der Prostitution gewesen sind. Man sollte sich der privaten Schnüffelei schämen und nicht hinter jeder Harmlosigkeit Vergehen und Laster wittern. Kehre jeder vor seiner eigenen Tür, ehe er daran geht, der Kriegerfrau ihr hartes Dasein noch zu verbittern.

Aber die viel bespähete Kriegerfrau lebt auch gar üppig! Einer „Leichtfertigen“ wurde ein Freibrot entzogen, weil sie ihr graues Dasein durch den Besuch eines Kintopps erheitern wollte, — Eintrittsgeld 20 Pfennig. In den Großstädten haben die Hauswirtsvereine durch Entdeckungsreisen festgestellt lassen, daß an den Zahltagen für die Unterstüzungen die Erfrischungsräume der Warenhäuser von den Kriegerfrauen geradezu belagert werden, die dort Kuchen schlampampen. Der Oberpräsident von Magdeburg hat in einem Erlaß gesagt, daß die unterstüzten Frauen von Kriegsteilnehmern müßig gehen, ein leichtfertiges, sogar unsittliches Leben führen, und daß Fabrikarbeiterfrauen die reichlichen Geldmittel in Bekereien und Kuchen anlegen, in Restaurationen, Vergnügungslokalen und Kinos vergeuden. Es sollen den Frauen in solchen Fällen die staatlichen und städtischen Beihilfen ohne weiteres entzogen werden. Wie genau doch die Kriegerfrauen schon äußerlich kenntlich sind. Diese Verschwenderinnen mit ihren 24 Mark im Monat können es toll treiben. Wissen alle die sittlich entrüsteten Herr-

schaften nicht, daß mancher noch daheimgebliebene Mann und manche Frau, die in der Kriegsindustrie arbeiten, heute guten Verdienst haben und sich deshalb auch Extraausgaben leisten können? Wissen sie nichts von den vielen Beamtenfrauen, deren Männer als Chargierte im Felde ziemlich hohen Sold bekommen, und denen das Gehalt voll weitergezahlt wird? Die Arbeiterfrauen, deren Mann eingezogen ist, können sich und ihre Kinder von den Unterstüzungen nicht einmal an den teuren Kartoffeln satt essen. Und wenn wirklich die eine oder andere den anständigen und angenehmen Erfrischungsräum eines Warenhauses besuchen und für 10 oder 15 Pfennig Kuchen essen würde, wer darf deshalb Steine auf sie werfen oder Kot? Wer hat das Recht, von ihr, ausgerechnet von ihr, die ihren Mann ziehen lassen mußte, eine besondere Abgabe zu verlangen, sie zu besonders armpfelliger Lebenshaltung zu verdammen?

Der Kriegerfrau sollte von ihrer Umgebung nichts zu Leide und viel zuliebe getan werden. Sie steht allein da, und außer der Sorge für den Haushalt und die Erziehung der Kinder bedrückt ihr mancher Kummer das Herz. Schwere Stunden muß sie ohne den Beistand des Lebensgefährten überstehen, viele Geschäfte des Tages, die Aufgaben des Mannes waren, muß sie jetzt erledigen. Dazu die stete bohrende Sorge um die Gesundheit, das Wohl, das Leben des Teuren im Felde. Wir nehmen viel zu wenig Rücksicht darauf. Trotz aller Würde, die auf der Kriegerfrau lastet, ist diese gegenwärtig oft genug die befehlteste Person, der eine allseitige Splitterrichterei das Dasein erschwert. Wir leben wohl trotz der „erziehlischen Wirkung des Krieges“ noch immer in der verkehrten Welt!

G. Sch.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Unter den neuen sozialpolitischen Aufgaben, an denen mitzuwirken die Gewerkschaften verpflichtet sind, ist eine der wichtigsten die Fürsorge für die Kriegsverletzten. Liegen auch der Öffentlichkeit keine Zahlen über die im Felde verwundeten und verstümmelten deutschen Soldaten vor, so läßt sich doch an Hand der Verlustlisten für das Ausland ungefähr abschätzen, wieviel Schwerverletzte und Verwundete es in Deutschland geben wird. Schon jetzt kehren viele, die den Verlust eines Gliedes (Arm, Bein, Hand usw.) zu beklagen haben, aus den Lazaretten in die Industrie zurück. Die Zahl dieser Unglücklichen wird täglich wachsen und nach Beendigung des Krieges sehr beträchtlich sein. Trotz Kriegszulage und eventueller Verstümmelungszulage gibt ihnen die Militärrente keine Existenzmöglichkeit, sie müssen so bald wie möglich zur Erwerbstätigkeit greifen, zumal da im Haushalt während des Krieges meist nicht wenig Schulden gemacht werden mußten. Natürlich kommen diese Leute nicht als vollwertige Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt in Betracht. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die einen überhaupt kein Unterkommen im Betrieb finden, die anderen aber von einzelnen Unternehmern als Lohnbrücker benutzt werden. Die Gewerkschaften haben ein vielfaches Interesse, dem vorzubeugen.

Zwar haben sich schon viele Gesellschaften und Vereine für Kriegsbeschädigtenfürsorge gebildet, die mit mehr Eifer als Kenntnis des tatsächlichen Lebens in privater Wohltätigkeit für die Kriegskrüppel machen. Die Verwirklichung ihrer gutgemeinten Vorschläge mag einem kleinen Bruchteil der Bedürftigen helfen, die große Masse aber wird davon nicht erfaßt. Die Gewerkschaften haben sich auch angesichts dieser Situation auf den Boden der Praxis gestellt. Sie sind daran, mit den Unternehmern bestimmte Abmachungen über die Einstellung von Kriegsbeschädigten zu treffen und dafür bestimmte Arbeitsbedingungen festzulegen. In den meisten Industrien wurden während des Krieges sogenannte Arbeitsgemeinschaften und auch Kriegsausschüsse gebildet. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse und manches andere fiel diesen paritätisch zusammengesetzten Kommissionen zu. Als weitere Aufgabe wird den Kriegsausschüssen jetzt die Unterbringung der Kriegsverletzten in passenden Stellen zufallen. Die Unternehmerverbände der deutschen Industrie haben schon erklärt, daß sie gewillt seien, heimkehrende Kriegsbeschädigte wenn irgend möglich in ihren früheren Arbeitsstellen wieder unterzubringen. Davon anknüpfend hat jetzt die Berliner Zentralstelle des Metallarbeiterverbandes mit den Metallindustriellen ein Abkommen getroffen, das wohl als richtunggebend angesehen

werden kann. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß die gewöhnlichen Arbeitsnachweise die Unterbringung der Kriegsbeschädigten nicht zu regeln vermögen. Schon jetzt sind Verletzte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise an völlig ungeeignete Plätze gemiesen worden. Deshalb ist für die Berliner Metallindustrie eine zentrale Geschäftsstelle errichtet worden, die die ordnungs- und sachgemäße Vermittlung übernimmt, und an die sich jeder arbeitssuchende Verletzte zu wenden hat. Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sollen auf diesem neutralen Gebiet zusammenwirken. Man will zunächst versuchen, den Kriegsbeschädigten in seinem alten Betrieb einzustellen, und erst wenn das aus irgendeinem Grunde nicht angängig ist, soll er womöglich in einem anderen Betrieb der Metallindustrie untergebracht werden. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, ihn in eine seiner früheren Tätigkeit gleiche oder ähnliche Beschäftigung zu bringen und erst, wenn auch das nicht möglich ist, ihn mit anderen Arbeiten vertraut zu machen. Man darf wohl die Hoffnung hegen, daß diese Arbeit des Kriegsausschusses bei der Regelung der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten gute Früchte tragen wird. Sie wird aber auch dazu helfen, den noch im Lazarett Liegenden das Leben nicht ganz so hoffnungslos erscheinen zu lassen, ihnen wenigstens in etwas die schwere Sorge für die nahe Zukunft zu erleichtern und somit schließlich auch fördernd auf den Heilprozeß einzuwirken. Wenn die Gewerkschaften für ihren Teil daran mitwirken, so haben sie eine nicht unwichtige Aufgabe erfüllt.

Streiks und Ausperrungen haben, wie ja nicht anders zu erwarten ist, während der Kriegszeit stark nachgelassen. Immerhin haben trotz des Burgfriedens noch 50 Streiks und 2 Ausperrungen stattgefunden, an denen 4029 Personen beteiligt waren. Der Bergbau steht da mit 7 Streiks und 1391 Beteiligten an erster Stelle. Vollen Erfolg hatten 11 Streiks, teilweisen 12, und erfolglos waren 29. Von den 52 Arbeitskämpfen legte man 26 durch Vergleich bei. Dabei wurde einmal auf Veranlassung des Generalkommandos ein Einigungsamt gebildet, in einem anderen Falle wirkte ein staatlicher Bergbeamter mit einem Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in diesem Sinne. In 12 Fällen betraf der Streit Betriebe, die Heeresbedarf fertigten. Die Dauer der Arbeitskämpfe war während des Krieges wesentlich kürzer als zu anderen Zeiten.

Eine vierte gewerkschaftliche Kriegszählung, die Ende April stattfand, zeigt im wesentlichen dieselben Tendenzen wie die Ende Januar aufgenommene Statistik. Die Zahl der zum Heeresdienst Eingezogenen steigt ständig. Wurden im September nach vier Wochen Kriegszeit nur 27,7 Prozent der Mitglieder als zum Heeresdienst eingezogen gezählt, so betrug ihre Zahl im April 41,7 Prozent. Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission angeschlossen sind, ist um über eine Million zurückgegangen. Im zweiten Quartal 1914 betrug sie 2 521 303, im April 1915 aber nur 1 323 978. Mitgliederverluste durch Austritt dürften kaum zu verzeichnen sein, einige Verbände können sogar von Neuaufnahmen berichten, die in Anbetracht der Zeit bemerkenswert sind. Die Bauarbeiter und Transportarbeiter nahmen über 14 000 neue Mitglieder auf, die Holzarbeiter über 10 000. Den niedrigsten Prozentsatz der zum Heeresdienst Eingezogenen hat der Tabakarbeiterverband mit 21,6, den höchsten der Fleischerverband mit 84,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken. Im September betrug sie 21,2 Prozent, im April 2,8 Prozent. Die Ausgaben für die Unterstützung der Arbeitslosen sind trotzdem ganz bedeutende. Bei Aufnahme der April-Statistik, also nach neun Monaten Krieg, waren von unseren Gewerkschaften 20 1/2 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben worden, wozu noch über 7 Millionen Mark als Unterstützung für die Familien der Krieger kommen. #

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Maizählung ergab am Stichtag 4378 arbeitslose Mitglieder, davon 3351 weibliche. Im Vormonat waren die entsprechenden Ziffern 3979 und 2874 und im Mai des Vorjahres 1233 und 383. Die Zählung stellte einen Mitgliederbestand von 42 016 männlichen, 41 390 weiblichen Organisierten, zusammen von 83 406 Mitgliedern fest. 43 Zahlstellen mit 3097 Mitgliedern haben nicht berichtet, so daß die Zählung 96,31 Prozent der Mitglieder umfaßt. Die Arbeitslosenziffer beträgt zurzeit 5,45 vom Hundert, im Vormonat 4,8 und im Mai des Vorjahres 0,94. Die Arbeitslosigkeit ist also gegen das Vorjahr fast um das Sechsfache gestiegen, trotzdem über 26 000 Verbandsmitglieder zum Heere eingezogen sind und ungeachtet der Tausenden, die in anderen Industrien Unterschlupf gefunden haben. Zu beachten ist, daß bei weitem mehr Arbeiterinnen als Arbeiter ohne Verdienst und Brot sind. Bei der

Maizählung stehen 2,53 arbeitslosen Männern 8,22 arbeitslose Arbeiterinnen gegenüber. In einzelnen Bezirken werden die durchschnittlichen Arbeitslosenziffern der Arbeiterinnen noch ganz erheblich überschritten. So sind im Bezirk Hannover 19,28, im Bezirk Krefeld 28,41 und im Bezirk Düsseldorf 13,32 vom Hundert der im Verband organisierten Arbeiterinnen beschäftigungslos. Diese trockenen Zahlen reden ergreifend von Sorge und Not. sk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Am 13. und 14. Juni hielt der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Frankfurt a. M. seinen jährlichen Genossenschaftstag ab. Wie alle Kongresse in dieser Zeit stand auch er im Zeichen der Kriegswirkungen. Seine Tagesordnung war entsprechend eingerichtet. Sie trug in der Hauptsache einen geschäftsmäßigen, formellen Charakter. Besondere genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen wurden nicht aufgerollt. Was man verhandelte, war im wesentlichen eine Übersicht der einzelnen Zweige im Betrieb der Bewegung während des letztverflohenen Jahres. Besondere Erwähnung verdient ein Referat über das Versicherungswesen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Bisher ist die sicher recht wichtige Frage so geregelt, daß mit großen privaten Versicherungsgesellschaften Verträge abgeschlossen wurden, die den einzelnen Vereinen des Verbandes möglichst günstige Versicherungsgelegenheit bieten sollten. In der letzten Zeit hat sich aber herausgestellt, daß dieses System aus mancherlei Gründen auf die Dauer nicht haltbar und auch nicht zweckmäßig erscheint. Ein anderer Weg führt zur Selbstversicherung. Und da taucht die Frage auf, ob Konsumvereine und Gewerkschaften eine besondere Versicherungsgesellschaft für ihre Bedürfnisse errichten oder ob eine von beiden Organisationen das allein tun soll. Die andere könnte sich dann anschließen. Möglich wäre auch, daß der Zentralverband im Rahmen seiner Organisation ohne besondere Gesellschaft die Selbstversicherung betreibt. Bisher ist eine Übereinstimmung zwischen ihm und den Vertretern der Gewerkschaften in der Sache noch nicht erzielt. Auf alle Fälle soll jedoch vermieden werden, zwei besondere Gesellschaften zu errichten, was ja wohl eine Selbstverständlichkeit ist. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Sache brennt auch nicht, da der Zentralverband vorläufig auf weitere zehn Jahre einen Vertrag mit einer großen Privatgesellschaft abgeschlossen hat. Während dieser Zeit kann man in aller Ruhe an die zweckmäßigste Gestaltung des Projekts herangehen.

Nur ein Punkt der Tagesordnung zeitigte eine Debatte, und zwar eine recht lebhaft. Dr. Müller berichtete über die infolge des Krieges erforderlichen Maßnahmen des Vorstandes. Er legte zugleich eine zwei Spalten lange Resolution vor, deren tatsächlicher Inhalt im wesentlichen Maßnahmen der Regierung und Behörden in der Lebensmittelversorgung und gegen die Teuerung fordert. Von einigen Rednern wurde ein schärferes Vorgehen auf diesem Gebiet verlangt. Anlaß zur Kritik bot aber besonders die Einseitigkeit der Resolution, die den sachlichen Inhalt sozusagen motivieren sollte. Einige Sätze griffen in auffallender und ganz unnötiger Weise auf das militärpolitische Gebiet über und hatten eine unerkennbare einseitig nationalistische Tendenz. Weite Kreise der Mitglieder der dem Zentralverband angeschlossenen Vereine werden sicher damit nicht einverstanden sein. Es ist ganz zweckwidrig, derartige Streitfragen in die rein wirtschaftliche Konsumvereinsbewegung hineinzutragen. Zumal bisher von der Leitung des Zentralverbandes bis zum Überdruß unbedingte politische Neutralität gepredigt worden ist. Eine scharfe Kritik setzte schon am Tage vorher in der gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes, Ausschusses und des aus etwa 120 Personen bestehenden Generalkrats ein. Es wurde beantragt, die fraglichen Stellen zu streichen, was dem übrigen Inhalt der Resolution durchaus keinen Eintrag getan hätte. Die folgenden Auseinandersetzungen waren noch heftiger als auf dem Genossenschaftstag. Es ergab sich bald, daß die unstrittigen Stellen mit voller Absicht in die Resolution gedrückt waren, obwohl vorher erklärt worden war, die Sache sei ganz belanglos, nicht der Rede wert. Von der Verbandsleitung fielen in der Hitze des Gefechtes Worte, die äußerst bezeichnend sind und über die in späterer Zeit wahrscheinlich noch zu reden sein wird. Schließlich wurden die Anträge auf Streichung gegen 25 bezw. 21 Stimmen, die ganze Resolution darauf gegen 10 Stimmen angenommen. Bemerkenswert sei, daß eine größere Anzahl Vertreter nicht mitstimmte und daß sich unter den oppositionellen Stimmen Vertreter der größten deutschen Konsumvereine befanden. Es ist wichtig, das festzustellen! Auch

ein Vermittlungsantrag auf Umarbeitung der Resolution wurde abgelehnt.

Auf dem Genossenschaftstag wiederholte sich der Vorgang, doch nicht in so umfassender Weise. Von einem Redner der Opposition — die sich dahin verständigt hatte — wurde kurz auf die Debatten und ihren Gegenstand im Generalrat hingewiesen. Es fanden sich aber außerdem noch zwei Delegierte des Genossenschaftstags, die der Opposition entschieden beitraten. Auch Frau Steinbach-Hamburg erkannte die Berechtigung der Kritik an, wenn auch aus anderen Gründen. Sie stellte zwei Änderungsanträge, die sich jedoch nicht mit den im Generalrat gestellten deckten. Diese Anträge wurden gegen etwa 35 Stimmen abgelehnt, dann die Resolution gegen nur 5 Stimmen angenommen.

Aus dieser kleinen Minderheit dürfen keine falschen Schlüsse gezogen werden. Die Opposition hatte ihre Anträge aus dem Generalrat nicht wieder gestellt, auch nicht zur Ablehnung der ganzen Resolution aufgefordert. Wäre das geschehen, würde die Minderheit auf dem Genossenschaftstag sicher erheblich gewesen sein. Die Opposition legte aber den Hauptwert auf die Debatte, nicht auf die Abstimmung. Und da ist wohl volle Klarheit darüber geschaffen worden, wohin die Reise geht, wenn die Absichten leitender Personen verwirklicht werden. Nach dem Kriege wird mehr über diese Frage zu sagen sein. — Scharfe Zurückweisung fand durch einen Redner auch ein Artikel Dr. Müllers in Nr. 52 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“. Dort wurde die radikale Richtung der Sozialdemokratie ohne jeden Anlaß in der gehässigsten Weise angegriffen. (Näheres ist seinerzeit in der Parteipresse darüber schon mitgeteilt worden.) Bemerkenswert war, wie sich das Schlüsselwort mit dieser Kritik abhand: so stark dürfe das Neutralitätsprinzip nicht ausgelegt werden. Bisher klang es anders! Es erscheint nötig, die den Konsumvereinen angehörenden Genossen und Genossinnen auf diese Vorgänge hinzuweisen, die in den Berichten über den Genossenschaftstag nur wenig erkennbar sind. Erwähnt sei noch, daß der zweite Bürgermeister und ein Stadtrat Begrüßungsreden hielten, die die Tätigkeit der Konsumvereine sehr anerkannten. Einer der Herren wies darauf hin, daß man im Jahre 1867 in Paris einen internationalen Genossenschaftskongreß verboten habe, weil man ihn für staatsgefährlich hielt. Die Zeiten sind allerdings vorbei.

Dem Genossenschaftstag folgte wie üblich die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft. Auch hier handelte es sich meist nur um mehr interne und geschäftsmäßige Dinge. Ein von der Generalversammlung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz gestellter Antrag, der bezweckte, daß nicht nur der Aufsichtsrat, sondern auch die Delegierten der Generalversammlung der G. E. G. einen Einfluß auf die Festsetzung der Gehälter der leitenden Personen haben sollten, wurde abgelehnt. Sonderbarerweise war der Antrag in der Tagesordnung nicht angegeben; man behandelte ihn vielmehr unter „geschäftlichen Angelegenheiten“. In kaum drei Stunden war diese Generalversammlung erledigt. Ihr folgte am Nachmittag mit noch kürzerer Dauer die Tagung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Offizielle Festlichkeiten waren diesmal in Rücksicht auf den Krieg im Tagungsprogramm nicht vorgesehen. Und es ging ganz gut auch so! Man möchte raten, daß es nach dem Kriege so bleibe. Denn bei vielen Besuchern der Genossenschaftstage besteht die Ansicht, daß in den letzten Jahren diese „Tage“ mehr und mehr zu Förmlichkeiten geworden sind. Das liegt aber nicht im Interesse der Sache. Zum Vergnügen soll man nicht auf einen Kongreß reisen, der Anspruch darauf erhebt, Bedeutung zu haben. H. F.

Notizenteil.

Burgfrieden.

Vorwärtsverbot. Das Oberkommando in den Marken hat am 26. Juni das Erscheinen des „Vorwärts“ bis auf weiteres verboten. Als Grund wird die Veröffentlichung des Friedensmanifestes des deutschen Parteivorstandes angegeben.

Aus Düsseldorf wird ein besonders scharfes Vorgehen der Polizei gegen unsere Genossen berichtet. Am Freitag, dem 11. Juni sollte eine Sitzung der Bezirksleitung für den Agitationsbezirk Niederrhein stattfinden. Die Polizei witterte offenbar „Hochverrat“ und erschien im Sitzungszimmer. Genosse Niebuhr-Eberfeld protestierte als Vorsitzender gegen die Überwachung. Die Polizeibeamten entfernten sich. Kurz darauf erschien jedoch ein Polizeiwachtmeister mit dem Auftrag, die Sitzung zu überwachen. Als er belächelt wurde, daß es sich um keine Versammlung, sondern um eine

nichtanmeldepflichtige Sitzung einer gewählten Körperschaft handle, eine Überwachung also ungeschicklich sei, holte der Beamte bei seiner vorgesetzten Behörde Weisung ein. Nun erschien gar der zuständige Polizeinspektor mit mehreren Beamten in Zivil und ließ die Ausgänge besetzen. Die Zusammenkunft wurde aufgelöst, die Namen der Teilnehmer notiert und die Mappe des Vorsitzenden sowie des Bezirkssekretärs Reichstagsabgeordneten Haberland einer Durchsicht unterzogen. Der Zweck dieses Vorgehens

blieb dunkel. Am folgenden Tage, Samstag, erschien die Düsseldorfser Kriminalpolizei in der dortigen Parteidruckerei und dem Parteisekretariat. Was gesucht wurde, blieb unbekannt. Mitgenommen wurden einige Broschüren mit dem amtlichen (!) Stenogramm der Reden, die unsere Genossen in der Märztagung des Reichstags hielten. Waren die etwa so gefährlich? Es folgten Hausdurchsuchungen in den Privatwohnungen verschiedener Genossen. Ein Genosse war Freitagabend — angeblich wegen Verbreitung verbotener Druckschriften — verhaftet worden. Der Verhaftung folgte noch abends 11 Uhr eine Durchsuchung seiner Privatwohnung. Etwas reichlich spät wurde in Hilden, einer Stadt im Landkreis Düsseldorf, in der Filialexpedition unseres Parteiblatts und in mehreren Privatwohnungen gehäusucht. Diesmal galt es der schon mehrmals genannten Zeitschrift „Morgenrot“. Am Samstagnachmittag wurden noch alle Gewerkschaftsbüros in Düsseldorf behäusucht ohne sichtbares Ergebnis. Parteisekretär Genosse Westamp wurde verhaftet und bis Montag festgehalten.

Krieg und Lebensmittelwucher war das Thema, worüber Reichstagsabgeordneter Schöpplin im Sozialdemokratischen Verein Brandenburg a. S. reden sollte. Das Garnisonskommando hat die Rede verboten ohne Angabe von Gründen.

Für den Frieden.

Eine Friedenserklärung Selma Lagerlöfs, der schwedischen Dichterin von *Beltraf*, hat — feuriger Wein in kristallener Schale — diesen Wortlaut: „Solange als meine Zunge ein Wort bilden kann, solange als Blut in meinen Adern fließt: so lange werde ich für die Sache des Friedens wirken, selbst wenn es mein Leben und mein Glück kosten sollte.“

Die Arbeiter von morgen. In New York haben am 1. Mai große Arbeiterdemonstrationen stattgefunden, aber die ergreifendste von allen war nach einem Bericht von Sonia Ureles im „New York Call“ der Umzug der sozialistischen Kinder. 5000 Kinder, eine kleine Armee, zogen durch die Straßen New Yorks mit roten Fähnchen, auf denen Inschriften standen. Die Klänge der Marschlaute geleiteten die Knaben und Mädchen von fünf Nationalitäten — Engländer, Deutsche, Wöhnen, Letten und Finnen —, die friedlich miteinander marschierten und für den Sozialismus demonstrierten. Es waren die Kinder von 15 Schulen, sozialistischen Sonntagschulen, die in großer Ordnung an den Erwachsenen vorbeizogen nach ihrem Endziel, dem Harlem Casino, wo sie Milch und Kuchen erhielten, und wo Tanz und Spiel auf sie wartete. Nicht ein Kind sah rowdymäßig aus, alle waren sie stolz auf die Bewegung, an der sie schon einen kleinen Anteil hatten.

„Die Zukunft gehört uns“ stand auf einem der kleinen Banner, „Sozialismus die Hoffnung der Welt“, „Unwissenheit ist unser größter Feind“, „Wir verlangen mehr Spielplätze“, „Mehr Schulen und weniger Süßigkeitsläden“, „Das Kind von heute ist der Arbeiter von morgen“, so lauteten die anderen Inschriften. Nur wenige Kinder dürften sich über ihre Bedeutung ganz klar gewesen sein, aber sie alle werden gefühlt haben, daß sie zu der großen Bewegung gehören, die den ganzen Erdball umfaßt, und daß sie berufen sind, einmal mitzuarbeiten an der glücklichen Gestaltung dieser Welt.

Proletarische Friedensarbeit in Amerika. Immer klarer erkennt das sozialistische Proletariat seine historische Aufgabe, mit allen Kräften für die rasche Beendigung des Weltkrieges zu kämpfen. Je größer der Kreis der Nationen wird, die mittelbar oder unmittelbar in den blutigen Wirbel hineingezogen werden, je drückender die Folgen der kriegerischen Politik auf die Massen zu lasten beginnen, desto größer werden auch die Massen derer, die den Frieden auf ihre Fahne schreiben, desto mehr gelangt man vom bloßen Wünschen zum Handeln, aus einer schwächlichen Friedenssehnsucht zu einer energischen Friedensstat. Nicht nur aus den neutralen Staaten Europas, nicht nur aus Kriegführenden Ländern wie Italien, Frankreich, England erfahren wir fast täglich von der wachsenden Friedenspropaganda, die zumal in Frankreich keineswegs ohne Verfolgung und Gefahr ist. Nein, auch in den

Vereinigten Staaten Nordamerikas, die durch die Lusitania-Katastrophe fast an den Abgrund des Krieges geführt wurden, erhebt der Friedenswille des Proletariats immer kräftiger und zielklarer sein Haupt.

Zielfar aber muß eine Friedensarbeit sein, soll sie Kraft und Erfolg haben. Mit allgemeinen moralischen und humanitären Betrachtungen schafft man keine Volksbewegung. Es gibt jedoch nur eine zielfare und grundsätzliche Art, die Kriegsjurie zu bekämpfen: indem man den Boden aufzeigt, aus dem sie entsprungen ist, indem man ihre treibenden Kräfte brandmarkt, kurzum indem man den Sozialismus in grundsätzlicher Weise propagiert. Diesen einzigen möglichen und richtigen Weg hat das Nationalkomitee der amerikanischen Sozialistischen Partei mit dem Manifest beschränkt, das sie aus Anlaß der Tagung in Chicago Mitte Mai herausgab.

„Die höchste Pflicht der Stunde ist deshalb für uns, den Sozialisten aller Länder zuzurufen, alle Arbeiter ... zu vereinigen ... und der Welt ein konstruktives Programm zu verkünden, das zu einem dauernden Frieden führen wird. Die Sozialisten von Amerika reichen ihren ... Brüdern in allen Ländern, die vom Kriege heimgekehrt sind, ... die kameradschaftliche Hand ... Wir erklären unsere Entschlossenheit, unseren Genossen der noch vom Kriege befreiten Länder beizustehen im Werke, die sozialistische Internationale wieder aufzurichten auf einer solchen Basis, daß sie in Zukunft selbst durch die stärksten Konflikte nicht erschüttert werden kann...“

Dem Manifest der Sozialistischen Partei ist ein Aufruf des Gewerkschaftsverbands für New York und Umgegend gefolgt, der schon früher in der Friedenssache rühmig gewesen ist, die über 3 000 000 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenfassen. Der Aufruf ist allen Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten zugestellt worden. Er wendet sich nach dem „Vorwärts“ vor allem gegen die Kriegsschürer in Amerika selbst. Es sei eine unbestreitbare Tatsache, so erklärt er, daß die amerikanischen Arbeiter den Krieg auskämpfen müssen, zu dem gehetzt wird. Sie werden gezwungen sein, ihre Familien und ihr Heim zu opfern und, wenn alles vorbei ist, die gewaltigen Schulden zu bezahlen. Bereits jetzt seien eine Million Arbeiter ohne Beschäftigung oder arbeiten mit beschränkter Zeit. Ist es notwendig, noch mehr Glend zu schaffen? Die Arbeiterorganisationen müssen dem Kriege den Krieg erklären. Der Krieg werde die Arbeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zunichte machen, die Organisationen zerstören. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Es würde uns freuen, wenn Ihr sogleich handeltet, morgen mag es zu spät sein. Ein gleichzeitiger Protest gegen den Krieg von allen Teilen des Landes wird den dauernden Frieden und die Unzerstörbarkeit der Streitkräfte der organisierten Arbeiterschaft sichern.“

Das Programm der Independent Labour Party. Der „Labour Leader“, das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, brachte am 27. Mai einen auch als Flugblatt verbreiteten Aufruf, der zugleich ein Aktionsprogramm für den sozialen Kampf der Arbeiter während des Krieges und nach seiner Beendigung darstellt. Aber die Wirkungen des Krieges auf die englische Arbeiterschaft äußert sich der Aufruf — wie der „Vorwärts“ mitteilt — wie folgt: ... Während der Krieg dauert, sind soziale Programme umgeworfen, Fabrikverträge als Fetzen Papiers zerrissen, Gewerkschaftsverträge und Abmachungen beiseite geschoben worden. Der Krieg vernichtet den Erfolg, den viele Generationen im Frieden errungen haben. ... Das Brot ist uns Doppelte, Dreifache, Vierfache verteuert worden, für die Armen ist der Preis der Kohle an manchen Orten bis zu 30 Mk. die Tonne erhöht. Der Gewinn einer Cardiffer Mühlenfirma steigt im Kriegsjahr von 89 000 auf 340 000 Pfund Sterling; Ausrüstungen, Verschiffungen, Leder, Stiefel, Kaki, Wirtereien haben alle riesigen Gewinn abgeworfen, während das Land unter fürchterlichem Druck seufzt. Vom Skandal der Gütenverträge muß noch besonders gesprochen werden. So klüht der Weizengewinn Profitjägers im Kriege.“ Der Aufruf wirft dann die Frage auf: Was haben die Arbeiter, speziell die Gewerkschaften zu tun, wenn der Frieden kommt? „Die Preise werden hochgehalten werden, die Lebenshaltung ist niedrig, die Löhne werden sinken. Die Futur der ungelerten, schlechtbezahlten Arbeiter, die infolge einer durch den Krieg bedingten Notwendigkeit die Fabriken und Werkstätten überfluteten, werden noch da sein, die Heere werden vom Schlachtfeld in die Fabriken zurückkehren, und es wird massenweise Entlassungen geben. Übervorteil in jeder Weise wird der Lohnarbeiter unablässig zu kämpfen haben, um den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Jeden Tag muß er sich für diesen Kampf vorbereiten, denn im Augenblick, wo der Krieg draußen endet, beginnt der wirtschaftliche Krieg.“ Der Aufruf fordert als erstes die Schaffung von Komitees zur Wiederherstellung der früheren Verhältnisse in den Werkstätten und Betrieben. Diese Komitees sollen mindestens zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiterschaft bestehen und die Arbeitsbedingungen und Arbeitsgestaltung in den Fabriken wieder auf den Stand vor dem Kriege zurückführen, Lohnerhöhungen und andere Reformen durchsetzen. Zuwiderhandlung gegen die Entscheidung dieser Komitees soll bestraft werden. Die zweite Forderung lautet: Verstaatlichung der Industrie und Gewerkschaftskontrolle. Der Aufruf fügt hinzu: „Der Krieg hat uns keine Erfahrung gebracht, die wir nicht schon im Frieden gehabt hätten. Das einzige, was darüber hinaus geschehen ist, war dieses: der Krieg zwang jedermann, das einzusehen, was die Sozialisten seit Jahren sagen. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, niedere Löhne, Überstunden, Ausnutzung macht das Leben des Arbeiters aus. Der Arbeiter ist immer im Krieg. Um ein Dach über seinem Kopf, genügend Vorräte im Hause zu haben, braucht er dieselbe Organisation der Industrie, der Produktion, des Transports, der Märkte, die der Staat zu seinem Schutze bedurfte, als der europäische Krieg ausbrach.“ Als dritter Punkt kommt die Versorgung der Invaliden und Hinterlassenen der Krieger in Betracht. Die Invaliden und Versorgungsbedürftigen dürfen vom Kapitalismus nicht dazu ausgebeutet werden, um normal bezahlte Arbeiter zu ersetzen. Schließlich wird unter 4 die Frage aufgeworfen: Wer bezahlt die Rechnung? Der Krieg wird das Land ärmer zurücklassen, als er es angetroffen hat, aber der Reiche wird noch reich sein. Das wirtschaftliche Ausjaugungssystem wird weiterbestehen. Deshalb fordert der Aufruf eine Extrasteuer auf die großen Vermögen und staatliche Kontrolle über die großen, nicht erworbenen Vermögen und Unternehmungen. Schon jetzt beginnen diese die Kriegslage auszunutzen. Hohe Schutzgölle werden als patriotisch gerühmt, in Wirklichkeit werden dadurch nur die Gewinne der Kapitalisten und die Trusts gefördert, die Gewerkschaften geschwächt, der Militarismus gestärkt. Statt Schutzgölle verlangt die Arbeiterschaft größere staatliche Aufwendungen für soziale Zwecke, für Mutterchutz, Wohnungspflege, Gesundheitspflege. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Proletarier, für dieses Programm zu kämpfen, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, sich in den Fabriken zu organisieren, nach der politischen Macht im Staate zu streben. Wirtschaftliche und politische Betätigung müssen Hand in Hand gehen, um zunächst nur das zu erreichen, was die Arbeiter vor dem Kriege hatten, dann aber weiterzuschreiten zu größeren Ertragenschaften.

Die italienische Partei, der Krieg und die Internationale. Der italienische Parteivorstand hat in den Sitzungen vom 17. und

18. Juni bedeutsame Beschlüsse gefaßt, die auch unter dem Belagerungszustand eine weitere Arbeit ermöglichen sollen, die grundsätzlich auf dem Boden des Klassenkampfes und des Sozialismus steht. Die Parteileitung beschloß, nach wie vor die Propaganda für unsere Parteigrundsätze zu entfalten, die in der Partei liegenden Kräfte zum Kampfe gegen die sich erhebende Reaktion zu organisieren, den politischen Vereinen und Gewerkschaften an die Hand zu gehen und ihre Haltung und Entwicklung zu überwachen, die unmittelbaren Interessen der zum Kriege gezwungenen Arbeiter zu verteidigen, zu fordern, daß alle Mehrheiten auf die Schultern der besitzenden Klassen gelegt und daß die Unterstützung der Notleidenden nicht den Charakter der Wohltätigkeit, sondern den einer Pflicht des Staates erhalte. Zu diesen Zwecken sollen überall Ausschüsse geschaffen werden, die mehr als bisher den Zusammenhang mit den Arbeitern und ihrer Organisation suchen und so weit wie nur möglich die Grundforderungen des Sozialismus verbreiten, den ausgefähten Volks- und Klassenhaß eindämmen. Für die örtlichen Unterstützungskommissionen werden Richtlinien vorgezeichnet. Auch da, wo die Genossen an bürgerlichen Kommissionen teilnehmen, ist die Wahrung der Parteigrundsätze oberste Pflicht. Wo die Hilfskommissionen in der Mehrheit oder ganz aus Bürgerlichen bestehen, sind von der Partei Kontrollkommissionen zu bilden zur Verteidigung der Arbeiterinteressen, sei es direkt bei diesen Kommissionen oder bei den Behörden.

Auch zur Frage der Wiederherstellung der Internationale und Erlämpfung des Friedens nahm die Parteileitung Stellung. Sie bestätigte ihre Vologneser Beschlüsse zur Einberufung einer internationalen Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen, um die internationale Aktion für den Frieden, gegen den Krieg und gegen den Burgfrieden wieder zu ermöglichen.

Die Parteileitung wünscht, daß die Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Partei . . . in dieser Stunde die Kraft zu finden wisse, um eine männliche Aktion durchzuführen zur Wiederbelebung der sozialistischen Vergangenheit des Proletariats und zur Schaffung einer Zukunft, aus der die Internationale von morgen hervorgehen wird. Alle Bemühungen sollen energisch fortgesetzt werden, die internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und Fraktionen wiederherzustellen, die dem Ideal der Internationale treu geblieben sind.

Erörterung der Friedensbedingungen. Im zaristischen Rußland ist die Erörterung der Friedensbedingungen freigegeben. Wie aus Wien berichtet wird, hat die Stadettenpartei auf Sonntag, den 27. Juni in Petersburgs Versammlungen einberufen, in denen sie ihre Stellung zur Friedensfrage darlegte und die Bedingungen erörterte, unter denen mit den Zentralmächten ein Friede möglich sei. Es wäre zu wünschen, daß nun auch in den übrigen kriegführenden Staaten die Erörterung der Friedensbedingungen freigegeben würde.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Stellungnahme des Internationalen Frauenrats der sozialistischen und Arbeiterorganisationen Großbritanniens zur Berner Frauenkonferenz und der Friedensaktion. In den letzten Wochen hat in der Chandos Hall zu London eine vom Internationalen Frauenrat einberufene Zusammenkunft von Wichtigkeit getagt. Ihr Zweck war die Berichterstattung über die Berner Internationale Frauenkonferenz, sowie eine Erörterung der Mittel und Wege, die die englischen Genossinnen wählen sollen, um im Sinne der Berner Beschlüsse erfolgreich für den Frieden zu wirken. Um dieses Zweckes willen hatte der Frauenrat sich nicht darauf beschränkt, die ihm angeschlossenen Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen zur Tagung zu laden. Er hatte sich vielmehr angelegen sein lassen, darüber hinaus Vertreterinnen politisch und gewerkschaftlich organisierter proletarischer Frauen zur Beteiligung heranzuziehen. Und das mit bestem Erfolg: ein Beweis dafür, wie stark die Friedensstimmung in dieser Frauenwelt ist, und welche Beachtung hier die Internationale Frauenkonferenz zu Bern gefunden hat.

Die Zusammenkunft war sehr zahlreich besetzt, und unter anderen nahmen auch Vertreterinnen der starken, angesehenen Frauen-Genossenschaftsgilde an ihr teil, ebenso Beauftragte der Gilde der Eisenbahnerfrauen. Den Vorsitz führte Genossin Dr. Marion Phillips, die zusammen mit den drei anderen englischen Delegierten in Bern Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Internationalen Konferenz

erstattete. Eine sehr lebhaft und gehaltreiche Diskussion folgte der Berichterstattung. Sie brachte die Befriedigung über das Gelingen, den Geist, die Beschlüsse der Berner Konferenz zum Ausdruck, ebenso die feste Entschlossenheit, mit aller Energie in England für den Frieden zu kämpfen. Zur Annahme gelangte diese Resolution:

„Die heutige Zusammenkunft von Vertreterinnen der Unabhängigen Arbeiterpartei, der Britischen Sozialistenpartei, der Gesellschaft der Fabier, der Arbeiterfrauenliga, des Landesverbandes der Arbeiterinnen, der Gewerkschaft der Verkäuferinnen, der Gewerkschaft der Hausangestellten, des Landesverbandes der Bureauangestellten, der Vereinigten Gewerkschaft der Genossenschaftsangestellten, der Frauengenossenschaftsgilde, der Gilde der Eisenbahnerfrauen und des Landesfrauenrats hat den Bericht der Delegierten zur Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Bern entgegengenommen. Sie erklärt ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Konferenz und verpflichtet sich, in Großbritannien die beschlossene Aktion zu fördern.“

Der Internationale Frauenrat wurde beauftragt, recht bald eine zweite Zusammenkunft einzuberufen, in der noch weiter über die Arbeit im Dienste des Friedens und des Sozialismus beraten werden soll. In Aussicht genommen sind unter anderem auch Zusammenkünfte der führenden Genossinnen und Gewerkschafterinnen in den einzelnen Bezirken. Man erwartet von ihnen recht gute praktische Vorbereitung der Friedensagitation unter den breitesten Frauenmassen, wie sie durch große öffentliche Versammlungen und das gedruckte Wort geplant wird. Als Einleitung dazu ist im „Labour Woman“ (Die Arbeiterfrau, Proletarierin) bereits das Manifest der Berner Konferenz an die proletarischen Frauen veröffentlicht worden, das noch zur Massenverbreitung als Flugblatt erscheinen soll. Kurz, die englischen Genossinnen sind eifrig am Werke, getreu dem Bekenntnis zum internationalen Sozialismus zu handeln, dessen Geist die Beratungen und Beschlüsse der Berner Konferenz beherrscht hat.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Schulgelberstattung für Kinder von Militärpersonen. Eine wenig bekannte, aber in der gegenwärtigen Zeit wichtige Kriegsministerielle Verordnung bestimmt, daß für die Kinder von Militärpersonen das Schulgeld vom Truppenteil gezahlt respektive zurückerstattet wird. Anspruchsberechtigt sind alle ehelichen, durch nachfolgende Ehe legitimierte oder Stiefkinder von Mannschaften, vom Feldwebel abwärts. Auch Kinder der militärisch organisierten Landgendarmarie und von Militärbeamten sind anspruchsberechtigt. Die Beihilfe wird ohne Nachweis der Bedürftigkeit bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres der Kinder gewährt von Beginn des Schulbesuchs bis zum Ablauf des Schulhalbjahres, in dem die Väter aus dem Militärdienst austreten. Wo der Schulunterricht erst nach zurückgelegtem sechsten Lebensjahr begonnen hat, wird das Schulgeld bis zum Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres erstattet. Die Gewährung erfolgt auch dann, wenn der Vater beurlaubt ist, zum Zwecke des Übertritts in den Zivildienst abkommandiert oder aber in einer Militärstrafanstalt untergebracht wurde. Nur wenn er wegen Fahnenflucht rechtskräftig verurteilt oder zur Strafverbüßung einer Zivilstrafanstalt überwiesen ist, wird die Beihilfe entzogen. Gewährt wird das Schulgeld in voller Höhe für Kinder, die eine Volksschule besuchen. Für Kinder, die eine höhere Schule besuchen oder statt dessen Privatunterricht erhalten, darf als Beihilfe nur der Betrag gewährt werden, der vom Kriegsministerium alljährlich für den betreffenden Armeebezirk festgesetzt worden ist. Beihilfe wird nicht für Privatstunden gewährt, die neben dem Schulunterricht etwa noch genommen werden. Für Schulgeld, das von den Eltern nach Einberufung noch gezahlt worden ist, muß der Anspruch auf Zurückerstattung unter Vorlegung der Quittungen bei dem betreffenden Truppenteil erhoben werden. Gewöhnlich ist die Regelung der Angelegenheit den Ersatzbataillonen der betreffenden Regimenter übertragen. Wegen des späteren Schulgeldes ist es zweckmäßig, sich an die betreffende Gemeinde zu wenden. In den meisten Fällen wird diese die Ansprüche dann bei der Militärbehörde geltend machen, so daß die Eltern nichts mit der Sache zu tun haben. Die Ansprüche gründen sich auf die Verordnung des Kriegsministeriums betreffend den Schulunterricht der Militärkinder vom 16. Januar 1906, und sie sind im § 18 besonders auch für den Fall einer Mobilmachung oder sonstigen kriegerischen Unternehmung maßgebend. gk.